

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Buchdruckerei  
Tageblatt Riesa.  
General Nr. 20.  
Sektor Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördliches bestimmt Blatt.

Buchdruckerei  
Dresden 1880.  
Großaffler  
Riesa Nr. 52.

Nr. 82.

Donnerstag, 7. Februar 1929, abends.

82. Jährg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1,50 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Sonntagsausgabe, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig ohne Aufschluss. Für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorauß zu bezahlen; eine Gewähr für das Erreichen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für Sonntagsausgabe 10 Pfennige; bis 20 Uhr breite Seitenzeitung 10 Gold-Pfennige; bis 20 Uhr breite Seitenzeitung 100 Gold-Pfennige; zeitgenössische und tabellarische Tafel 50%, Aufschlag. Beste Tarife, Aufschlag an der Elbe. — Zur Halle dichtere Gewalt — Krieg oder ähnlicher irgendwelcher Störungen des Betriebes der Deutschen Post, der Dienstverträge oder der Postverwaltung — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Sicherung oder Rückholung der Zeitung aber auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rücksicht auf die Verantwortlichkeit für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Umzugsstellen: Wilhelm Bittner, Riesa. Geschäftsführer: Gottlieb Kühn.

## Neue Steuern statt Steuerabbau.

Die Reichsregierung steht im Begriff, dem Reichstag ein Bündel von neuen Steuergesetzen zur Beschlussfassung vorzulegen, durch die die Steuerbelastung des deutschen Volkes um weitere 379 Millionen erhöht werden soll. Es besteht die Gefahr, daß mindestens, wie gewöhnlich bei neuen Steuervorlagen, unter den politischen Parteien ein Streit um die Art und um die Gestaltung der neuen Steuern entbrennen wird. Dieser Streit spielt gewöhnlich mit einem Kuhhandel zu haben, der nach der Regel „Schlacht du meine Steuer, schlacht ich deine Steuer!“ sich abwickelt, und das Ende ist dann, daß genau so viel Steuern im Reichstage beschlossen werden, wie der Finanzminister zur Deckung seines Haushalts verlangt. Für die deutsche Wirtschaft ist es aber heute im Grunde genommen ziemlich gleichgültig, durch welche Steuer sie gecharakterisiert und angewandt wird. Jede Steuer, die heute beschlossen wird, mag sie aussehen, wie sie will, kann nichts anderes bringen, als eine weitere Erfahrung der insländischen Kapitalbildung, denn sie führt in jedem Falle dazu, daß der Wirtschaft Gelder entzogen und den staatlichen Kassen zugeführt werden, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr entbehrt werden können.

Es gibt heute wohl niemanden in Deutschland, der nicht anerkennt, daß die steuerliche Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes schon jetzt vollkommen und übermäßig ausgeschöpft wird. Jede Steuer, aber, die nicht vom Ertrag der volkswirtschaftlichen Produktion gezahlt werden kann, muß von dem vorhandenen Vermögensfundus genommen werden, wodurch das volkswirtschaftliche Kapital, das für die Produktion unentbehrlich ist, entsprechend vermindert wird. In welchem Umfang der Kritik der Großindustrie, also das Volkseinkommen in Deutschland heute schon weggestrichen wird, das zeigt eine interessante Rechnung, die die Disconto-Gesellschaft in ihrem letzten Monatsbericht aufmacht. Es wird nämlich berechnet, daß der gesamte öffentliche Finanzbedarf in Deutschland (einziglich der Sozialversicherung) von 146,25 Mill. auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1913 auf 367,81 Reichsmark im Jahre 1927 gestiegen ist. Veranschlagt man nun das deutsche Volkseinkommen sehr hoch, wahrscheinlich viel zu hoch, mit 80 Milliarden RM jährlich, so macht das ein Jahresdienstbetrag von 961 RM auf den Kopf jedes Deutschen aus. Wenn von diesem Einkommen 361,31 RM zur Deckung des öffentlichen Finanzbedarfs notwendig ist, so heißt das nichts anderes, als daß der Staat viele 3,2 Prozent des Volkseinkommens für sich in Anspruch nimmt. Im Jahre 1913 wurden demgegenüber nur 16,9 Prozent des Volkseinkommens für öffentliche Zwecke in Anspruch genommen. Daraus geht hervor, daß gegenwärtig schon mehr als ein Drittel des gesamten deutschen Volkseinkommens in die öffentlichen Kassen fließt. Da das deutsche Volk aber von seinem Einkommen auch leben muß, so kann jede weitere Erhöhung der Steuerbelastung keinesfalls mehr aus dem Einkommen gezahlt werden. Wird aber der deutschen Produktion das Kapital weggestrichen, so muß sie entweder weitere Schulden im Auslande machen oder sie muß ihre Produktion einschränken und Arbeiter entlassen. Deshalb trifft jede neue Steuer, in welcher Gestalt sie auch erheben werden mag, im Erfolg nicht nur das deutsche Kapital, sondern auch die deutschen Arbeiter und Angestellten, denn sie muß notwendig zu verschärfter Arbeitslosigkeit führen. Seit langem rufen deshalb alle vertretenden deutschen Wirtschaftsführer nach einer Senkung der Steuern. Wenn jetzt im Gegenteil weitere Steuererhöhungen im Reichstage durchgeführt werden sollen, so muß das angehende der heutigen trüfflichen Lage eines großen Teils der deutschen Produktion außerordentlich niederschlägig wirken, denn es bedeutet nichts anderes als eine weitere Einengung der ohnehin schon so schmalen deutschen Kapitalbasis.

Es ist darum heute nichts verbreiter, als sich um die einzelnen neuen Steuergesetze zu streiten, anstatt einen konzentrischen Kampf gegen jede Steuererhöhung überhaupt aufzunehmen. Die deutsche Wirtschaft kann heute meistens ja alles verfügbare flüssige Kapital zu produktiven Zwecken verwenden. Die öffentlichen Verwaltungen sollten darum die Folgerung ziehen, daß sie ihren Kapitalbedarf aus allerdringlichster einschränken müssen. Wenn das nicht möglich ist, ohne die inneren und äußeren Verpflichtungen des Reiches unerfüllt zu lassen, so heißt das eben nichts anderes, als daß die Verpflichtungen für die deutsche Wirtschaft zu groß sind, und daß diese, ohne zusammenzubrechen, die Reparationslasten nicht mehr zu tragen imstande ist. Es ist vollkommen unmöglich und im höchsten Grade schädlich, diese heutige offenkundige Tatsache vor den Augen des Auslandes noch für ein Jahrzehnt zu verschleiern, indem man den Vermögens- und Kapitalfundus der deutschen Wirtschaft zum Zweck der Deckung des Defizits wegsteuert. Weit richtigter wäre es, dieses Defizit schon jetzt blozulegen, indem man, wenn es nicht möglich ist, durch Ausgabenbeschränkung den Reichshaushaltplan zu balancieren, das Defizit ungedeckt läßt, damit jedermann erkennt, in welcher unzureichenden finanziellen Lage Deutschland sich befindet. Ganz unfein aber ist es, Steuererhöhungen zu befürchten, von denen die Reichsregierung selbst sagt, daß sie höchstens als Sondermaßnahmen für das eine besondere Notjahr 1929 in Betracht läßen. Da nämlich an eine Ausgabenverminde rung offenbar nicht gedacht wird, und die Einnahmen des Reichs in dem Notjahr 1929 Sicherlich nicht höher sein werden als in dem einen Jahr 1918, so ist nicht ein-

## Das vergebliche Suchen nach der Großen Koalition.

■ Berlin. Nach der Mittwoch verließ im Reichstag bis zu den später Abendstunden, ohne daß eine Einigung über die Bildung der Regierungen im Reiche und in Preußen erreicht werden konnte. Die Verhandlungen zogen sich den ganzen Tag hin und erzeugten die höchste Spannung.

### D. Guérard zurückgetreten.

■ Berlin. Nach Bekanntwerden des Beschlusses der Zentrumstraktion des Reichstages empfing der Reichskanzler Müller den Reichsverkehrsminister Dr. Stresemann und den Vorsitzenden der Zentrumstraktion der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, um ihnen von dem Beihang des Zentrums Kenntnis zu geben. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei erklärten, auf diesen Vorschlag nicht einzugehen zu können, vor allem, weil auch danach die Verhältnisse in Preußen nicht gelöst seien. Diese Stellungnahme der Deutschen Volkspartei wurde vom Zentrum damit beansprucht, daß zunächst Reichsverkehrsminister Dr. Guérard dem Reichskanzler den Rücktritt von seinem Amt mitteilte. Welche Konsequenzen sich aus der Zurücksetzung des einzigen Zentrumsministers aus der Regierung ergeben, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Voransichtlich wird der Reichskanzler morgen mit dem Reichspräsidenten die neue Lage besprechen.

### Die Zentrumstraktion des Reichstags

trat am Mittwoch abend zu einer Sitzung zusammen, in der die Abgeordneten Siegendorf und Minister v. Guérard über ihre Unterredung mit dem Reichskanzler Müller berichteten. Reichsverkehrsminister v. Guérard hat nach im Laufe des Mittwoch abend ein Schreiben an den Reichskanzler geschickt, in dem er ihm erklart, dem Reichspräsidenten kein Rücktrittsgesuch zu unterbreiten.

Nach eingehender Besprechung kam die Fraktion zu folgendem Ergebnis:

1. Der Vorschlag des Reichskanzlers Müller und der Minister, die an der Besprechung mit ihm teilnahmen, stellt eine Verschlechterung der früheren Vorschläge dar und ist für das Zentrum unannehmbar.

2. Eine Gleichzeitigkeit der Umbildungen der Regierungskräfte im Reich und in Preußen lebt die Zentrumstraktion des Reichstages im Augenblick und zwingenden sachlichen Gründen ab. Die drei Minister, die das Zentrum im Reich für sich in Anspruch nehmen, sind unzweckmäßig zu bestimmen.

3. Unter der Voraussetzung der Erfüllung des Punktes zwei ist der Parteivorsitzende Abg. Raab bereit, die Zentrumstraktion des preußischen Landtages zu bitten, der Deutschen Volkspartei zwei Sitze im Kabinett anzugehören.

### Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

hielt am Mittwoch abend eine Sitzung ab, in der man sich mit der durch den Rücktritt des Ministers v. Guérard geschaffenen politischen Lage beschäftigte. Da der Fraktion des Zentrums Unzufriedenheit darüber, daß aus dem Rücktritt des Ministers v. Guérard für das Kabinett keine Konsequenzen entstehen und daß der Reichskanzler und die übrigen Mitglieder des Kabinetts im Amt bleiben.

### Der Nachfolger für Minister Guérard.

■ Berlin. (Bundesrat.) Das Reichskabinett beschloß ab in seiner heutigen Sitzung mit der durch den Rücktritt des Reichsverkehrsministers von Guérard geschaffene Sitz. Der Reichskanzler erhielt abends den Herrn

aufsehen, was geschehen soll, wenn im folgenden Jahre wieder das gleiche oder gar ein noch größeres Defizit im Reichshaushaltplan vorhanden ist. Würde des Reichstages ist es daher, alle Steuervorlagen abzulehnen, damit die Reichsregierung gestraut ist, durch Einsparungen auf der Ausgabenseite des Staats, sei es auch unter Einschränkung oder Zurückstellung mancher wichtiger Aufgaben, den Reichshaushaltplan notdürftig aufzuziehen, so schwer ist dies auch fallen mag. Nur ein solcher Notfall kann die Welt endlich davon überzeugen, daß das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft sich in der Tat in schwerster Not befinden.

### Der Strafrechtsanschluß des Reichstags.

■ Berlin. Im Strafrechtsausschuß des Reichstags wurden am Mittwoch die Beratungen beim zehnten Abschnitt fortgesetzt, der Strafrechtliche Bestimmungen gegen Störung des religiösen Friedens und der Totenruhe vor sieht. Vor Inanspruchnahme dieses Abschnitts gab es noch eine Auseinandersetzung zwischen Deutznationalen und Sozialdemokraten aus Anlaß eines Antrags des Abg. Dr. Danemann (Dnat.), mit Rücksicht auf die bekannte linkssozialdemokratische Brochüre die Behandlung der Vorausgaben über den Hoch- und Bundesvertrag nicht länger hinauszögern. In der Abstimmung wurde beschlossen,

Reichspräsidenten Bericht. Der Herr Reichspräsident genehmigte das Rücktrittsgesuch des Reichsverkehrsministers und beantragte entsprechend dem Vorschlag des Reichslandtags den Reichsverkehrsminister Dr. Scholz mit der Wahlernennung der Reichsverkehrsminister und den Reichsminister des Innern mit der Wahlernennung des Reichsministers für die betreffenden Gebiete.

### In Preußen weitere Verhandlungen.

■ Berlin. (Bundestag) Die Mitglieder des Reichstagskabinetts verhandelten bis am Donnerstag früh zu einer Besprechung über die durch den Rücktritt des Zentrumsministers von Guérard geschaffene Sitz. Im Anschluß daran begab sich Reichskanzler Müller zum Reichspräsidenten, um diesen Bericht zu erhalten. Der Abtritt der Koalitionsverhandlungen im Reiche hat bisher auf die Verhandlungen in Preußen keinen Einfluß gehabt. Diese gehen vielmehr, wie das Reichsverkehrsamt des Vereins Deutscher Zeitungsverleger hört, vorläufig weiter.

Die für heute nachmittag angesetzte Sitzung des preußischen Ministerpräsidenten mit den Kreisföhrern der preußischen Regierungsparteien gemeinsam mit der DDP ist auf Freitag verschoben worden.

### Die Berliner Presse zum Rücktritt v. Guérard.

Die "Germania" schreibt unter der Überschrift "Gebrochener Arbeit aus der Regierung auf". Es geht neben dem Wagen der Regierung her. Das ist keine Maßnahme, die sich gegen den Staat und seine Formen richtet; es ist keine Maßnahme, die sich zum Stile macht, die Autorität der Staatsgewalten zu erschüttern. Das Zentrum ist gewohnt, seine Schritte abzuwarten, und es wird diese Gewohnheit auch in der kritischen, völlig ungebundenen Stellung beibehalten, die es vor nun an zum Kabinett Müller einnimmt. Es wird sachlich, ruhig, aber sicher und bestimmt eine Politik verfolgen, die nicht davor zurücksticht, die Regierung überall anzuapänen, wo sie sich bloßen gibt. In der Freiheit, die wir gewonnen haben, erachten wir es für notwendig, die Schritte dieses Kabinetts sorgfältig zu überwachen. Was wir tun, werden wir uns im wohlerwogenen Interesse des Gesamtheits unseres Volks und Vaterlands."

Im "Berliner Tageblatt", das das Verhalten des Zentrums "verantwortungslos" nennt, heißt es: "Was das Zentrum will, ist nicht zu erkennen. Es treibt ancheinend Verkörperungspolitik. Dieser muß die Reichsregierung eine Politik der strengen Sachlichkeit entgegensetzen. Das Reichskabinett muß selbstverständlich zusammenbleiben, muß sich um einen Verkehrsminister ergänzen und muß als Minderheitsregierung für ihre notwendigen Maßnahmen die Zustimmung des Reichstags, notwendig mit dem Auflösungsbefrei in der Hand, erkämpfen".

Die "Sächsische Zeitung" schreibt: "Eine partielle Kabinettstruktur, ein Verbrechen der Wehrheit, das ist das Ergebnis einer Aktion, die das Zentrum angeblich nur eingeleitet hatte, um die Autorität der Reichsregierung für die kommenden großen Kabinettserhebungen über die endgültige Reparationsregelung und die Räumung der besetzten Gebiete zu stärken. Wenn das wirklich das strategische Ziel des Zentrums gewesen ist, dann kann man nur staunend das ungewöhnliche Maß von taktischer Ungeschicklichkeit feststellen, das aufgewendet werden mußte, um das Gegenteil von dem zu erreichen, was man wollte. In offiziellen Präferenzklärungen wird in der Regel Wert darauf gelegt, die Einigkeitlichkeit eines Beschlusses hervorzuheben. Auf diese Einigkeitlichkeit muß das gestrige Zentrumscommuniqué verzichten".

■ Berlin. Die Hoch- und Bundesvertragsparagraphen nach Erledigung des zehnten Abschnitts debattiert werden sollen. Hierauf referierte der Vorsitzende Abg. Dr. Kahl (Dvp.) über den zehnten Abschnitt, wobei er ausführte, daß im Durchschnitt jährlich 300 bis 400 Beratungen auf Grund der letzten §§ 166 bis 168 (Votesträgerung, Beleidigung kirchlicher Einrichtungen usw.) erfolgen. Die jetzt vorliegenden Paragraphen seien des Zeits entsprechend umgestaltet. Auch der Feld- und Waldpostdienst sollte jetzt gesetzlich erfaßt werden. Der Tatbestand der Störung sei nur erfüllt, wenn eine Absicht besteht. Ein Fortschritt sei, daß jede Bekleidungsträger gefügt werde. Die grundlegende Frage bei diesem Abschnitt sei, ob der religiöse Friede überhaupt durch strafrechtliche Bestimmungen geschützt werden müsse. Der Referent befürte diese Frage aus dem objektiven Tatbestand des jüngsten Verhältnisses zwischen Staat und Kirche. Alles lasse erkennen, daß die Religion als ein immaterielles Recht vom Staat betrachtet werde und unter staatlichen Schutz gestellt sei.

Die Verhandlung wird heute Donnerstag fortgesetzt.

### Kreuzer "Berlin" auf dem Wege nach Palma.

■ Berlin. Kreuzer "Berlin" ist am 4. 2. von Argostoli aufgefahren. Er hat gestern in Korfu Ankunft übernommen und wird heute nach Palma (Walesien) in See gehen.